

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 30.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 26. Juli 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Das sozialdemokratische Verbrechen an der Krefelder Arbeiterschaft.

Das ist der Fluch der bösen Tat,
Daß sie fortzuehend Böses muß gebären.
IV.

Der Abbruch des Kampfes mußte den Färbern völlig unerwartet kommen. Das offizielle Organ des Verbandes und die sozialdemokratische „Volkstribüne“ hatten bis zu den letzten Tagen des Kampfes hin noch von „günstigen Ausblicken“, von einer „glänzenden Konjunktur“, von dem „treuen, unerschütterlichen Zusammenhalten der Färber“ geschrieben. Darum ahnte kein Färber, daß der Abbruch des Kampfes unmittelbar bevorstand. Sie waren über die Pläne und Absichten der Verbandsleitung vollständig im Unklaren gelassen worden. Auch das Organ der sozialdemokratischen Textilarbeitergewerkschaft der Schweiz spricht von einem „überraschend schnellen“ Abbruch des Krefelder Kampfes, der auch den Färberstreiks in der Schweiz den letzten Stoß gegeben habe. Also nicht einmal der schweizerische Verband, der aus Solidarität mit den Krefelder Genossen seine Färber zum Streik veranlaßt hatte, ist von der Leitung des „deutschen“ Verbandes in ihre Absichten eingeweiht worden. Das ist eher alles andere als ein aufrichtiges und solidarisches Verhalten.

Der Abbruch des Krefelder Kampfes

Selbst wirkt ein grelles Schlaglicht auf die Streiktaktik des „deutschen“ Verbandes. In einer Versammlung der streikenden Färber am 19. Juni machte der Zentralvorsitzende Hübsch die überraschende Mitteilung, daß sich der Verband — jedenfalls hinter dem Rücken der Färber — an den Gewerberat Heierling um Vermittlung gewandt habe. Dieser habe dem Antrage entsprochen, jedoch vom Arbeitgeberverbande eine abschlägige Antwort erhalten. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie habe beschlossen, jede Vermittlung abzulehnen. Zunächst aus dem Grunde,

„weil ein großer Teil der früheren Arbeiter die Arbeit in den bestreikten Färbereien schon wieder aufgenommen und den von den Unternehmern vorgeschlagenen Tarif anerkannt hat. Und zweitens, weil nichts zu vermitteln ist. Die Arbeitgeber sind in ihren Zugeständnissen, die an Lohn und Arbeitszeitverkürzung 7 Prozent betragen und an die sie sich auch weiterhin für gebunden erachten wollen, bis an die Grenze des Möglichen gegangen und können heute keine weiteren Zugeständnisse machen.“

Das war eine glatte Absage des Arbeitgeberverbandes. Aber die Leitung des „deutschen“ Verbandes sah dennoch darin eine Grundlage, auf der der Abbruch des Kampfes möglich sei. Hübsch meinte, die Unternehmer hielten sich an den Zugeständnissen gebunden, darum ließe sich über eine Beendigung des Streiks reden. Als ob die Färber 17 Wochen gestreikt hätten, um die Aufrechterhaltung der nach dreitägiger Streikdauer gewonnenen Bedingungen zu erzielen! Ferner sagte er, die — Weltlage sei einem Abbruch des Kampfes günstig. Die internationale Lage, die Lage des Arbeitsmarktes und die zur Zeit herrschende Konjunktur hätten den Vorstand des Verbandes veranlaßt, den Streikenden den Abbruch des Kampfes nahezu legen. Es sei jetzt eine günstige Zeit für die Wiederaufnahme der Arbeit. Mit ganz genau derselben Begründung verteidigte der „Textilarbeiter“ am 13. und 20. Juni die Weiterführung des Kampfes. Nach ihm und nach der „Volkstribüne“ garantierten die günstige Geschäftslage, die Lage des Arbeitsmarktes, das treue Zusammenhalten der Färber und endlich die Uneinigkeit und das „maßlose Entsetzen“ im Unternehmerlager den Färbern einen baldigen Sieg. Das ist wirklich der Gipfel einer verlogenen und betrügerischen Streiktaktik.

In der genannten Versammlung wurde zu einer geheimen Abstimmung getrieben, die folgendes Resultat zeitigte: 903 stimmten für die Weiterführung des Kampfes, 219 für Arbeitsaufnahme und 500 enthielten sich der Abstimmung. Damit war das Schicksal des Streiks besiegelt. Obwohl Herr Hübsch erklärte, daß der Vorstand seines Verbandes sich diesem Beschlusse ohne weiteres fügen werde, veranlaßte er dennoch eine zweite Abstimmung und zwar darüber, daß die Ausschüsse mit den Arbeitgebern in Verbindung treten sollten, um diese zu der Erklärung zu bewegen, daß alle Streikenden binnen acht oder vierzehn Tagen wieder eingestellt würden. Dieser Beschlus Antrag wurde von einigen pfiffigen Rednern dahin erläutert, die Unternehmer sollten nur bekunden, keine Maßregelungen vornehmen zu wollen. Der Beschluß kam mit allen gegen eine Stimme zustande. Damit war der Kampf so gut wie zusammengebrochen. Zu allem Ueberflus, und um die Färbereiarbeitererschaft auseinanderzureißen, betonte man noch, daß diejenigen nicht als Streikbrecher angesehen würden, die sofort die Arbeit aufnahmen.

Um das Werk zu vollenden,

setzte nunmehr eine fürnliche Totengräberarbeit ein.

Während der ganzen Dauer des Kampfes hatte man die streikenden Färber fast allmähentlich zu großen Versammlungen zusammengerufen, um durch die Massenstimmung die Leute warm zu halten und auch die Zweifelnden und Schwankenden wieder aufzurichten und mitzureißen. Jetzt aber wurde die umgekehrte Taktik eingeschlagen. Mit Hilfe einzelner Belegschaftsversammlungen versuchte man, den Kampf zu desorganisieren, den Färbern den letzten Rest von Kampfesmut zu nehmen und sie uneins und verwirrt zu machen. Das Spiel glückte vorzüglich. Als die Färber am Samstag, den 21. Juni, wiederum zu einer Versammlung gerufen wurden, da geschah es nicht mehr, damit der eine sich an dem andern stütze und hochhalte, sondern damit der eine den anderen niederdrücke; da sollte die Massenstimmung das Grab der Bewegung werden. In den Färbereien loderte nichts mehr von dem früheren Kampfesfeuer, von dem Mut und der Fähigkeit, wovon sie angeblich immer befeelt gewesen sein sollen; sie kamen vollständig mutlos und gebrochen, unfähig, den Kampf weiterzuführen. Es war nicht schwer, einen Beschluß zustande zu bringen, wonach zunächst die Arbeit dort wieder aufgenommen werden sollte, wo sie wieder aufgenommen werden könne. Alle noch vorläufig draußen Bleibende sollten für die Dauer dieser Zeit eine erhöhte Streikunterstützung erhalten. Zwar soll der Gewerberat versichert haben, daß keine Maßregelungen stattfinden würden, jedoch behielten sich die Färbereibesitzer ausdrücklich vor, die Arbeiter nach Bedarf wieder einzustellen.

Dann zogen die Herren von der Leitung des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter heim. Sie hatten ihre Aufgabe gelöst. Der Kampf war beendet. Zahlreiche Opfer bedeckten das Schlachtfeld.

Einige Tage darauf brachen auch die Solidaritätsstreiks in Basel, Zürich, Thalwil usw. zusammen. Die Niederlage war auf der ganzen Linie vollständig.

Die „Soziale Praxis“, der man sicher nicht nachsagen kann, daß sie es mit den Arbeitern nicht gut meine oder daß sie gerne Partei für die eine oder andere Organisationsrichtung, speziell für die christlichen Gewerkschaften, nehme, redet von

einer „furchtbaren Niederlage der Arbeiter“.

Es wäre klüger gewesen, meint sie, den kostspieligen Kampf rechtzeitig abzubrechen und die weitgehenden Zugeständnisse der Unternehmer anzunehmen, ohne einer Taube auf dem Dache nachzujagen.

Und die linksliberale „Frankfurter Zeitung“, der man eher das Gegenteil als Freundschaft zu den christlichen Berufsorganisationen vorwerfen kann, schreibt, daß der „deutsche“ Textilarbeiterverband in Krefeld eine vollständige Niederlage erlitten habe.

Tatsächlich ist die Niederlage des „deutschen“ Verbandes vollständig und zwar sowohl in moralischer als auch in materieller Beziehung. Moralisch hat er eine gründliche Demütigung erfahren gegenüber allen Denjenigen, die in diesem Kampfe gegen seine Taktik Stellung nahmen. Darum ist es auch geradezu unbegreiflich, daß der „Textilarbeiter“ gerade aus diesem Kampfe einen großen moralischen Erfolg ziehen will. Gewiß, es können materielle Niederlagen geben, die für die gewerkschaftliche Arbeiterschaft einen moralischen Gewinn bedeuten. Wenn die Arbeiterschaft einen Kampf führen muß gegen ein prozenhaftes Unternehmertum, das sich auf den schroff ablehnenden Standpunkt stellt und immer wieder den Herrn im Hause herauskehrt und diesen Kampf ohne einen direkten materiellen Gewinn schließlich abbricht, um sich nicht zu verbluten und um die Organisation schlagfertig zu erhalten, dann ist ein solcher Rückzug für die Arbeiter durchaus nichts Demütigendes. Solche Kämpfe müssen leider oftmals geführt werden, um der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum für die Zukunft mehr Luft zu machen und ihr den Weg zu bahnen. Aber alle diese Voraussetzungen trafen doch im Krefelder Kampfe durchaus nicht zu, und darum ist es ganz unangebracht, von einem moralischen Erfolge der Färber zu reden.

Was die Arbeiter materiell verloren haben,

ist bereits in einem früheren Artikel angeführt worden. Die sozialdemokratische Presse entriistet sich darüber, daß wir wiederholt eine Aufrechnung über die geldlichen Verluste aufmachen. Mit Unrecht. Gewiß dürfen die geldlichen Verluste nicht immer als Wertmesser für die Berechtigung und Zweckmäßigkeit eines Kampfes angeführt werden, und es liegt uns durchaus fern, die finanziellen Opfer als nicht wieder einzubringende Verluste zu buchen. Aber darauf kommt es doch hier gar nicht an. Die Kardinalfrage ist die, daß all die ungeheuren Opfer nicht nötig gewesen wären, daß es gewerkschaftlich unberechtigt und unverantwortlich war, diese Opfer zu wagen, nachdem die Färber einen schönen Erfolg erzielt hatten. Das ist des Pudels Kern. — Nun stellt es die Leitung des „deutschen“ Verbandes als einen Erfolg hin, daß die Färber nicht mehr tariflich gebunden seien und zu jeder Zeit erneut in eine Lohnbewegung eintreten könnten. In einem Flugblatt des „deutschen“ Verbandes wird ausdrücklich auf diesen „Erfolg“ hingewiesen. Mit dieser Behauptung begeht der „deutsche“ Verband eine neue Unehrlichkeit, die den Arbeitern schließlich sehr teuer zu stehen kommen kann. Es ist nicht wahr, daß die Färber nunmehr tariflich frei sind. Jeder Färber, der wieder eingestellt wird, muß sein Einverständnis mit dem Tarif unterschrieben bestätigen. Die Färber sind also einzeln wohl gebunden. Der „deutsche“ Verband fordert die Färber direkt zum Kontraktbruch auf, wenn er sagt, sie hätten vollständig freie Hand in bezug auf neue Lohnbewegungen. In dieser Taktik liegt wiederum ein Verrat an den Interessen der Färber. Wir gehen aller Voraussicht nach einer Wirtschaftskrise entgegen. Wie nun, wenn bei Zeiten schlechter Konjunktur die Unternehmer sich ebenfalls auf den Standpunkt der Tariffreiheit stellen und auf der ganzen Linie mit Lohnkürzungen vorgehen würden?

Der „deutsche“ Verband sollte mit solchen schlechten Mitteln umso weniger operieren, als er durch sein Verhalten das

wieder als einwandfreie Tatsachen aufgeführt. Betrachten wir uns dieses „Tatsachenmaterial“ einmal etwas näher.

Zunächst wird die letzte Bergarbeiterbewegung im Saargebiet erwähnt. Da sollen die christlichen Führer, vor allem Stegerwald und Jmbusch, die Leidenschaften aufs höchste gesteigert, zur Siedehitze gebracht und dann plötzlich, ohne befriedigende Zugeständnisse, zum Rückzug geblasen haben.

Es gehört eine große Unberschämtheit dazu, heute noch, wo doch die Erfolge dieser Bewegung klar ersichtlich sind, eine derartige Darstellung der Dinge zu geben. Der Verlauf der Bewegung und deren Ergebnisse sind ein Beweis dafür, daß es dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter nicht um einen agitatorischen Bluff, sondern um die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter zu tun war.

Dem christlichen Metallarbeiterverband wird vorgeworfen, er habe bei einem bei der Firma Konzelet in Hilden ausgebrochenen Streik Arbeitswillige vermittelt. Mit keinem Wort wird aber erwähnt, daß der Streik vom roten Metallarbeiterverband lediglich deswegen inszeniert worden war, um christlich organisierte Arbeiter brotlos zu machen.

Das schönste aber ist die Wiederholung der von der linksliberalen „Berliner Volksztg.“ vor einigen Monaten gebrachten „furchtbaren Enthüllung.“ Darnach sollen die christlichen Gewerkschaftsführer Giesberts, Schiffer, Effert, Jmbusch und Genossen sich „für das Unternehmertum und gegen jeden Streik der Bergleute“ erklärt haben.

Diese Behauptung trug von vornherein den Stempel der Lüge an der Stirn. Sie ist von den Beteiligten, vor allem aber auch vom Bergknappen, als ganz gemeine Lüge gebrandmarkt worden.

Noch mehr. Ein Zentrumsorgan, die „Essener Volkszeitung“, hatte obige „Enthüllung“ der „Berliner Volkszeitung“ wie folgt ironisiert:

„Die Enthüllung ist nicht ganz vollständig. Es waren noch einige Personen mehr in der Sache verwickelt. Das geheime Konventikel wurde in der Lage in Essen abgehalten. Das Protokoll führte der Staatssekretär des Innern, Delbrück. Es waren nicht 1 1/2 Millionen, sondern rund 5 Millionen, welche die Schwerindustrie für den Peterspennig zu zahlen hatte.“

Man braucht wahrhaftig nicht viel Grütze im Kopf zu haben, um herauszufinden, daß diese Ausführungen eine Satyre sind. Was aber tut die Leitung des Hirsch-Dunderschen Verbändchens? Sie gibt das ohne jede weitere Bemerkung als ernst gemeint wieder.

Die „Mitteilungen“ bringen dann weiter ein angeblich dem St. Ingberter Zentrumsorgan entnommenes Zitat vom 21. Januar 1913. Wir haben dieses Zitat früher schon im Hirsch-Dunderschen Blättchen gelesen. Danach soll in einer Konferenz des Volksvereins für das katholische Deutschland Herr Dr. Nieder-M.-Glabach den Volksverein als Mutter der christlichen Gewerkschaften bezeichnet und weiter noch ausgeführt haben:

leit müsse jeder christlich organisierte Arbeiter Mitglied des Volksvereins sein.

Uns diesem Zitat wollen die „Hirsche“ eine Neutralitätsverletzung durch die christlichen Gewerkschaften konstruieren. Wir haben aber bereits in Nr. 10 unseres Organs die Unrichtigkeit obiger Ausführungen wie folgt nachgewiesen:

„Der erwähnte Bericht über die Volksvereinsversammlung enthält eine Reihe von Unrichtigkeiten. Wenn das Hirsch-Dundersche Blatt richtig zitiert hat, so fallen diese Unrichtigkeiten offenbar dem Berichterstatter des betreffenden Zentrumsorgans zur Last. Denn daß Herr Dr. Nieder sich derart ausgedrückt hat, halten wir für ausgeschlossen. Unrichtig ist zunächst, daß der Volksverein ein eigenes Blatt zur Agitation für die christlichen Gewerkschaften herausgibt. Gemeint ist da offenbar die „Soziale Korrespondenz“ des Volksvereins, die für die katholische Presse bestimmt ist und allerdings gelegentlich auch warm für unsere Bewegung eintritt.

Wenn die „Hirsche“ nun trotzdem auch diesen „Gappen“ ihren Mitgliedern erneut wieder vorsetzen, so ist das nur ein weiterer Beweis dafür, wie skrupellos sie in der Wahl der Mittel sind.

Auf all die übrigen in den „Mitteilungen“ enthaltenen nichtsagenden Märgen einzugehen erübrigt sich. In Bezug auf Wahrhaftigkeit stehen sie um kein Jota höher, wie das bisher erwähnte Material. Darum ist es zu verstehen, wenn auf der ersten Seite der „Mitteilungen“ ausdrücklich gesagt wird, diese seien nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Ein Restchen von Schamgefühl scheint sich die Zeitung des Hirsch-Dunderschen Verbändchens doch noch bewahrt zu haben; sie fühlt offenbar selbst, daß ihr „Material“ das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen kann.

Die Volksversicherung.

(Schluß.)

Unsere Aufgaben.

Aus den allgemeinen Versicherungsbedingungen, die deutlich die Gemeinnützigkeit der D. B. A. G. erkennen lassen, sei nur kurz das folgende erwähnt:

Keine ärztliche Untersuchung. Bei Einstellung der Prämienzahlung entweder Ausstellung einer beitragsfreien Versicherung oder auf Wunsch sofortige bare Auszahlung des bedingungsmäßigen Rücklaufwertes. Wiederinkraftsetzung einer erloschenen oder beitragsfreien Versicherung gegen Nachzahlung oder durch Verlängerung der Prämienzahlung- und Versicherungsdauer. Volle Versicherungssumme schon beim Tode nach nur einjährigem Bestehen; beim Tode im ersten Halbjahr Rückzahlung der vollen Summe. Für freiwillige Zusatzbestimmungen und für die Kinderversicherungen gleich günstige Bedingungen. Mitversicherung der Kriegsgefahr ohne Extraprämie nach fünfjährigem Bestehen der Versicherung in voller Höhe. Gewinnbeteiligung nach Ablauf von fünf Versicherungsjahren; die Dividende wird von der Gesellschaft mit 3 1/2 v. H. verzinstlich angesammelt und mit der Versicherungssumme oder bei vorzeitiger Auflösung der Versicherung mit der Rückvergütung zusammen ausbezahlt.

Die Verwaltungs-kosten sind entschieden niedriger wie die der größten privatkapitalistischen Versicherung, der „Viktoria“. An Zinssprovisionen verausgabte die „Viktoria“ z. B. im Jahre 1912 9581998 Mark oder 13,14 Prozent der Prämieinnahmen. Bei der Deutschen Volksversicherung Aktiengesellschaft ist für Zinsskosten nur 9 Prozent festgesetzt, über die hinaus nicht gezanget werden darf.

Die Leistungen sind für Lebenslängliche Versicherung, für abgekürzte (gemischte) Versicherung, für Kinder- und Altersversicherung und für abgekürzte Kinder- und Altersversicherung aufgestellt; ihnen liegt 14tägige Prämienzahlung zugrunde. Die Höchstversicherungssumme ist auf 1500 Mark festgesetzt.

Die Verwaltungs-kosten sind entschieden niedriger wie die der größten privatkapitalistischen Versicherung, der „Viktoria“.

Die Leistungsfähigkeit der D. B. A. G. gegenüber der „Viktoria“, der „Friedrich Wilhelm“, der „Deutschen Volksversicherung“ und der roten „Volksfürsorge“ möge an einigen Beispielen klar gemacht werden.

Prämienzahlung Dauer	D. B. A. G.	Viktoria	Friedrich-Wilhelm	Deutschen	Volksfürsorge
15 Jahre	630	fehlt	530	620	470
20 "	740	"	645	735	560
25 "	810	"	735	820	630
30 "	855	"	805	880	680

Bei Tarif 2, der sogenannten Versicherung auf den Todes- oder Erlebensfall (gemischte Versicherung) ergibt

sich ein ähnlich günstiges Verhältnis, wiederum angenommen 1 Mark 14 tägige Prämie und ein Eintrittsalter von 25 Jahren:

Prämienzahlung Dauer	D. B. A. G.	Viktoria	Friedrich-Wilhelm	Deutschen	Volksfürsorge
15 Jahre	345	270	315	370	290
20 "	465	370	430	495	400
25 "	580	475	545	615	500
30 "	685	560	655	725	600

Wenn nach dieser Zusammenstellung eine Ueberlegenheit der Tarife der D. B. A. G. anscheinend nur gegenüber den privaten Gesellschaften und der Volksfürsorge vorliegt, während bei den „Deutschen“ eine noch höhere Leistungsfähigkeit, wenigstens bei dem Tarif 2, geboten wird, so ist dazu nur zu bemerken, daß die „Deutschen“ nach ihren ganzen rechnerischen Grundlagen keine Dividende zu gewähren in der Lage sind, wie sie ja auch keinerlei Verpflichtungen hierzu in ihren Versicherungsbedingungen übernommen haben, während die D. B. A. G. von vornherein mit Dividenden an die Versicherten rechnet. Die mathematischen Grundlagen der D. B. A. G. sind solche, daß sie die Endsummen der „Deutschen“ überholen werden, und sogar in der Lage sind, trotz ihrer hohen Anfangsversicherungssummen die Endversicherungssummen der privaten Gesellschaften trotz deren hohen Dividenden zum mindesten zu erreichen.

Mit dem 1. Juli haben die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ und die gemeinnützige „Volksversicherungs-Aktiengesellschaft“ ihre Wirksamkeit begonnen. Es werden daher in den nächsten Wochen auch die übrigen Volksversicherungsgesellschaften, die „Leolasse“, die „Deutsche Volksversicherung“ (unter Führung des Herrn Geheimrat Kapp) und die beiden größten privatkapitalistischen Lebensversicherungsgesellschaften, „Viktoria“ und „Friedrich Wilhelm“ mit einer verstärkten Agitation eintreten, sodaß die Volksversicherung alsbald den weitesten Kreisen als „erlösendes Werk“ angepriesen werden wird.

In dieser Situation obliegen den Vertrauensleuten und Funktionären der christlichen Gewerkschaften folgende Aufgaben:

1. Mit aller Kraft verhindern, daß die Arbeiterkreise, welche mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben wollen, sich der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“ anschließen. Bei den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften besteht diese Gefahr nicht so sehr wie bei den Arbeitern und „kleinen Leuten“, die nicht orientiert sind, eigentlich aber auf unserem Boden stehen.

2. Diesen genannten Kreise, die noch außerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen und auf die wir Einfluß haben, soll man, wenn sie sich versichern wollen, die gemeinnützige D. B. A. G. bringen und empfehlen.

3. Wer sich von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften versichern will, soll seine Versicherung entweder mit der D. B. A. G. oder mit der „Leolasse“ abschließen. Die Agitation für andere Volksversicherungsgesellschaften ist nicht gestattet innerhalb der christlichen Gewerkschaften.

4. In den christlichen Gewerkschaften ist die Agitation sowohl für die Volksversicherungs-Aktiengesellschaft wie auch für die „Leolasse“ möglich und erlaubt. Natürlich muß sorgsam jeder Streit zwischen den Vertretern der „Leolasse“ und der D. B. A. G. vermieden werden.

5. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die sich in einer Volksversicherung versichern wollen, sollen dieses in der Regel nur bei den Vertrauensleuten der christlichen Gewerkschaften bzw. konfessionellen Arbeitervereinen tun. Agenten und sonstige fremde Personen, die unseren Mitgliedern eine andere Volksversicherung aufzureden versuchen, weisen man ab.

6. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften mögen sich auch in dieser „Volksversicherungssära“ stets bewußt bleiben, daß die Gewerkschaftsbewegung erst die Voraussetzungen schafft und schafft wird, um Beiträge zu anderen Versicherungen leisten zu können. Der Gewerkschaftsgedanke darf durch die Volksversicherung nicht zurückgedrängt werden.

Allgemeine Rundschau.

Friedrich Kraus †. Aus Duisburg erhielten wir in der vorigen Woche ganz unerwartet die traurige Kunde von dem Ableben unseres Kollegen Kraus, Redakteur am Organ unseres Bruderverbandes aus der Metallindustrie.

Mit dem Tode des Kollegen Kraus ist wiederum ein tüchtiger Führer aus unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung gerissen worden. Kollege Kraus war ein echter Mann, ausgestattet mit vorzüglichen Gaben des Herzens und des Verstandes. Er war lebensmüdig und allzeit hilfsbereit gegenüber seinen Kollegen, pflichteifrig und selbstlos gegenüber unserer christlichen Gewerkschaftsfrage, speziell der Sache der christlichen Metallarbeiter. Schon in verhältnismäßig jungen Jahren wurde Friedrich Kraus auf verantwortungsvolle Posten berufen. Nachdem er sich in der Ortsgruppe Duisburg des christlichen Metallarbeiterverbandes als Vertrauensmann und Vorstandsmitglied die Sporen geholt hatte, wurde er zunächst Sekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland in Wiedenbrunn und später in Aachen. Am 1. Oktober 1910 übernahm er die Redaktion des „Deutschen Metallarbeiters“. Hier hat er seinen

